



Nicht immer geht der Kinderwunsch auf natürlichem Wege in Erfüllung: Der Staat finanziert die künstliche Befruchtung – allerdings profitieren davon nicht alle. Foto: Milkes

Hilfe bei unerfülltem Kinderwunsch

Seit kurzem werden die Kosten einer künstlichen Befruchtung zu 70 Prozent vom Bund übernommen. Von der Unterstützung profitieren jedoch nicht alle sterilitätsbedingt kinderlosen Paare.

INNSBRUCK (i.r.). Während die einen könnten, aber nicht wollen, wollen die anderen, können aber nicht: „Bei immer mehr Paaren lässt sich der Kinderwunsch nicht realisieren“, weiß der Gynäkologe Josef Zech. Sein Zentrum für Sterilitätsbetreuung in Innsbruck wird jährlich von 300 Tiroler Paaren aufgesucht. Ebensoviele Hilfesuchende wenden sich an die Hormonambulanz der Innsbrucker Universitätsklinik.

Während Betroffene für die künstliche Befruchtung bis vor kurzem noch tief in die Tasche greifen mussten, kann nunmehr auf Unterstützung des Bundes gehofft werden: Ein vom Gesundheitsministerium betreuter

Fonds übernimmt seit Jahresbeginn 70 Prozent der Kosten für vier Versuche einer In-Vitro-Fertilisation. Für die Restsumme (pro Versuch 5700 bzw. 6750 Schilling) muss das Paar aufkommen.

„Allerdings kommen nicht alle Betroffenen in den Genuss dieser Unterstützung“, kritisiert Helga Mon-



„Jedes siebte Paar ist von ungewollter Kinderlosigkeit betroffen.“

J. ZECH

Foto: Parigger

cayo, Leiterin der Klinik-Hormonambulanz. Demnach hätten nur Frauen mit einem Eileiterverschluss sowie Männer mit geringer Samenqualität Anspruch auf eine – beinahe – kostenlose Behandlung.

„Da es aber mehr Krank-

heitsbilder gibt, werden 40% der kinderlosen Paare ausgeschlossen“, so Moncayo. Kritik kommt auch von Zech: „Wenn unerfüllter Kinderwunsch als Krankheit anerkannt wird, könnten alle Betroffenen von diesem Fonds profitieren.“ Durch die neue Regelung hat sich der administrative Aufwand auf jeden Fall maßgeblich erhöht: „Die finanzielle Abwicklung wird von uns übernommen“, so Zech über die Formularflut.

Klagen kommen auch von Moncayo: „Ich spreche mit den Paaren schon mehr über das Finanzielle, bzw. warum in ihrem Fall keine Unterstützung möglich ist“. Die Universitäts-Professorin hat daher bereits Gesundheitslandesrätin Elisabeth Zanon kontaktiert.

Experten gehen jedoch davon aus, dass angesichts der Einschränkungen jährlich nur etwa 1500 bis 2000 Patienten österreichweit von dem neuen Fonds profitieren werden.